

Ist die Atomkraft ein „deutsches Thema“?

Hintergrund Heftige Wortgefechte und harte Auseinandersetzung sind im Euregio-Rat nicht selten

Von Günter Plawer

NORDHORN Die Euregio ist ein deutsch-niederländischer Zweckverband, der die Chancen für Bürger, Unternehmen, Organisationen und Mitgliedsgemeinden beiderseits der Grenze fördern soll. Politisches Organ dieses Verbandes ist der Euregio-Rat, der mindestens dreimal im Jahr zusammenkommt und das abwechselnd in einer niederländischen und einer deutschen Stadt. Am vergangenen Freitag war der NINO-Hochbau in Nordhorn der Tagungsort des Rates, dem 84 Frauen und Männer angehören, die nach einem politisch-regionalen Schlüssel entsandt werden und grenzüberschreitende Fraktionen bilden.

Atommüll

Dieses Gremium tagt wie ein „normales“ Parlament. Es werden Vorlagen beraten, Ausschüsse zu bestimmten Themen besetzt, die wiederum dem Rat Bericht erstatten. Und es wird so manches Thema „durchgewunken“, aber über einige Themen auch heftig diskutiert. So auch in dieser Sitzung, als es um die Atommülltransporte



In Nordhorn debattierten jetzt die 84 Vertreter des Euregio-Rates. Ein Ergebnis: Die Gemeinde Ahaus soll unterstützt werden, um weitere Atommülltransporte zu verhindern. Foto: Plawer

aus Jülich und München-Garching ging. Die Fraktion von „CDU/CDA“ hatte eine Resolution vorgelegt, die sich dafür aussprach, dass die Mitgliedsgemeinde Ahaus dabei unterstützt werden soll, die geplanten zusätzlichen Transporte zu verhindern.

Dies ging der Fraktion von „SPD/PvdA“ nicht weit genug. Sie wollte eine grundsätzliche Forderung zur Abkehr von der Atomenergie. Das führte zu einem heftigen Wortgefecht zwischen den Fraktionsprechern beider Gruppen. So wurde zum einen das Recht des Euregio-Rates bestritten, eine solche grundsätzliche Aussage zu machen. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass die Ablehnung der Atomenergie ein deutsches Thema sei, während es in den Niederlanden durchaus viele Befürwor-

ter gäbe. Am Ende sprach sich der Rat für den Vorschlag der CDU/CDA Fraktion aus.

Gesundheitsregion

Weniger kontrovers ging es bei den anderen Themen zu. So stellte Thomas Nerlinger als Geschäftsführer der „Gesundheitsregion Euregio“ den Ratsmitgliedern die Arbeit des in Nordhorn ansässigen Vereins vor. Nerlinger zeigte zum einen die Chancen einer gemeinsamen Gesundheitsversorgung auf und berichtete über die erfolgreiche Arbeit des Projektes „Dorf 2.0“.

Maut-Urteil

Auch das Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur PKW-Maut auf deutschen Autobahnen kam in der Sitzung zur Sprache. Der Euregio-Rat hatte sich seit 2014

aktiv gegen die Einführung dieser Maut ausgesprochen, da sie den kleinen Grenzverkehr, aber auch Wirtschaft und Tourismus im Grenzgebiet behindere. Euregio-Präsident Rob Welten freut sich über diesen Erfolg: „Das Urteil ist wirklich eine gute Nachricht für die Grenzregion. Wir sind gut unterwegs mit Projekten, die unter anderem den grenzübergreifenden Arbeitsmarkt durchlässiger machen sollen. Das Ziel muss sein, Grenzhürden abzubauen, nicht zusätzliche Hindernisse zu schaffen. Toll, dass unsere Lobbyarbeit da erfolgreich war.“

„Grenztafel“

Beim sogenannten Youth Battle der Euregio im vergangenen November hat die Projektidee „Grenztafel“ gewonnen. Hinter dem Titel verbirgt sich die Idee, am 21.

September die Grenze vor der Geschäftsstelle für einen Nachmittag zu schließen und Bürger aus dem Grenzgebiet zu einem deutsch-niederländischen Foodfestival mit Rahmenprogramm für die ganze Familie einzuladen. Die Planungen dazu, so wurde dem Rat berichtet, nehmen jetzt langsam Gestalt an.

Bürgerberatung

Weitergehen soll das Euregio-Projekt GrenzInfoPunkt: Hier sollen Bürger beraten werden, die in dem einen Land wohnen und in dem anderen Land arbeiten wollen. Seit die Grenzen zwischen Deutschland und den Niederlanden offen sind, ist das zwar ein wenig einfacher geworden. Aber es gibt immer noch nationale Vorschriften, die beachtet sein wollen.

Allerdings, so wurde im Rat deutlich, fehlen noch viele Finanzierungszusagen. Die seien auch wohl erst mit dem nächsten Haushaltsjahr zu erwarten. Für die Grafschaft Bentheim allerdings sei der Grundsatzbeschluss zur weiteren Förderung bereits gefasst worden, erklärte Landrat Friedrich Kethorn am Rande der Sitzung gegenüber den GN.